

## **Protokoll**

---

- Zeit:** 16:15 Uhr – 18:25 Uhr
- Ort:** Konferenzzentrum im Ludwig Erhard Haus
- Vorsitz:** Präsidentin Dr. Beatrice Kramm
- Anwesend:** Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder  
Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)  
Christoph Irrgang (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)  
Katja Steinbrück (Geschäftsführerin Organisation & Entwicklung/  
Kommunikation & Marketing)  
Vesna Mokorel Kalusa (Protokollführerin)

### **Tagesordnung:**

- TOP 1:** Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 07. Juni 2018
- TOP 2:** Themen aus den Ausschüssen
- TOP 3:** Priorisierung der Themenschwerpunkte 2019
- TOP 4:** Den Standort stärken! Langstreckenverbindungen für die  
Hauptstadtregion
- TOP 5:** Regularien
- TOP 6:** Verschiedenes

**Die Vollversammlung stimmt der vorgeschlagenen Tagesordnung einstimmig zu.**  
Bei Eintritt in die Tagesordnung sind 51 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 07. Juni 2018**  
**Frau Dr. Kramm** informiert über eine vorgeschlagene Berichtigung des Protokolls der Sitzung vom 07. Juni 2018. Herr Janßen bittet darum, den TOP 6 Nr. 2 des Protokolls wie folgt zu ergänzen: „Herr Janßen bestreitet, dass es seinerseits Persönlichkeitsrechtsverletzungen gegeben habe. Er weist darauf hin, dass seiner Meinung nach der damalige VV-Beschluss auf der Grundlage der unkorrekten Angabe der IHK-Präsidentin gefasst wurde, er habe die ihm vorgelegte Unterlassungserklärung unterschrieben.“

**Die Vollversammlung genehmigt bei fünf Gegenstimmen und vier Enthaltungen die Niederschrift der Vollversammlungssitzung vom 07. Juni 2018 mit dem Ergänzungswunsch von Herrn Janßen.**

### TOP 2: Themen aus den Ausschüssen

#### 1. Berlin zur Digitalhauptstadt entwickeln: Bausteine einer Strategie (Bericht aus dem Fachausschuss Innovation & Technologie)

Eine von der IHK Berlin kürzlich durchgeführte Umfrage zur Digitalisierung der Berliner Wirtschaft verdeutlicht, dass für fast drei Viertel der befragten Unternehmen Digitalisierung von großer Bedeutung für den Geschäftserfolg ist. Gleichzeitig beurteilen die Unternehmen die Rahmenbedingungen für Digitalisierung in der Stadt kritisch. Der Fachausschuss Innovation & Technologie hat vor diesem Hintergrund die ersten modularen Themenschwerpunkte für eine Strategie „Digitalhauptstadt Berlin“ identifiziert und der Ausschussvorsitzende **Herr Patz** berichtet der Vollversammlung anhand der als Anlage 2 beigefügten Präsentation über den aktuellen Arbeitsstand der Initiative. Ziel ist es, mit allen relevanten Stakeholdern in der Stadt eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um Berlin nachhaltig spürbar zum Innovationsstandort und zur Digitalhauptstadt zu entwickeln. Dabei sieht er die IHK Berlin als Partner auf Augenhöhe mit der Berliner Politik und als ein kraftvolles Sprachrohr für die Berliner Wirtschaft. Die IHK Berlin fördert dabei übergreifende Wertschöpfungsnetzwerke zwischen allen Akteuren, um Parallelinitiativen in der Stadt zu vermeiden und die Initiative gebündelt vorantreiben zu können. Anschließend stellt Herr Patz die einzelnen Bausteine der Strategie detailliert vor und lädt die Vollversammlung zu einer Vernetzungsveranstaltung am 19. November 2018, zu der alle Gremienmitglieder der IHK-Berlin begrüßt werden, ein.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Damen Dr. Kramm** und **Dr. Wielgoß** sowie die **Herren Kölpin, Patz** und **Stietzel**. Die Runde findet großen Gefallen an der Initiative und setzt sich dafür ein, dass die IHK Berlin mit konkreten guten Beispielen voran geht, um daraus resultierend auch konkrete Forderungen an andere involvierte Stakeholder in der Stadt stellen zu können. Herr Stietzel sichert der Initiative Unterstützung des Kompetenzteams Mittelstand beim Thema digitale Verwaltung zu.

#### 2. Brexit ante portas – Auswirkungen und IHK-Aktivitäten für die Berliner Wirtschaft (Bericht aus dem Fachausschuss Internationalisierung)

**Herr Jochen Brückmann**, Bereichsleiter Stadtentwicklung & Internationale Märkte, berichtet im Nachgang zur Sitzung des Fachausschusses Internationalisierung zum BREXIT Status Quo. Frühestens ab 30. März 2019 (harter BREXIT), spätestens ab 31. Dezember 2020 (geordneter BREXIT) muss sich die Berliner Wirtschaft auf den Handel mit UK als Drittstaat einstellen. Das Szenario eines harten BREXIT muss dabei ernsthaft mitbedacht werden. Auch die IHK Berlin möchte die Unternehmen bei eventuellen Fragen unterstützen und hat zum Thema BREXIT eine Reihe an Maßnahmen eingeleitet, u.a. eine BREXIT-

Umfrage und eine Checkliste für Unternehmen, die auf der neu eingerichteten BREXIT-Webseite einsehbar sind: <https://www.ihk-berlin.de/brexit>.

### **3. Position zur Sondernutzungserlaubnis für Außengastronomie in Berliner Bezirken (Bericht aus dem Branchenausschuss Tourismus)**

Der Vorsitzende des Branchenausschusses Tourismus, **Herr Schulze**, erläutert einleitend, dass die Nutzungen auf öffentlichem Straßenland in Berlin vielfältiger werden. Neben dem Fußverkehr und der Außengastronomie wird der öffentliche Straßenraum zunehmend von neuen Mobilitätsformen in Anspruch genommen. Um die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Bedeutung der berlintypischen Außengastronomie nicht zu gefährden, ist ein einheitliches Verwaltungshandeln bei der Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen auf öffentlichem Straßenland für Gastronomiebetriebe, die mit ihren Tätigkeiten ganz wesentlich zum Erfolg der Branche beitragen, erforderlich. Der Branchenausschuss Tourismus hat deshalb ein politisches Papier mit Kernforderungen an die Politik erarbeitet. Herr Schulze berichtet anschließend kurz zur Genese des Papiers und geht abschließend auf die einzelnen Forderungen ein. Dabei betont er insbesondere die Notwendigkeit von neuen Raumkonzepten für das öffentliche Straßenland, um Nutzungskonflikte zu vermeiden. Standortbezogene Einzelfallprüfungen sowie eine Unterscheidung bei der Vergabe von Haupt- und Nebenstraßen sind neben einem zentralen Ansprechpartner auf Landesebene weitere Forderungen an die Politik.

#### **TOP 3: Priorisierung der Themenschwerpunkte 2019**

**Frau Dr. Kramm freut sich**, dass die Branchenausschüsse ihre Impulse aus der Sicht der einzelnen Branchen als Grundlage für die Festlegung der Themenschwerpunkte 2019 eingebracht haben. Die Vollversammlung hat sie anschließend in einer Umfrage unter dem Blickwinkel der Gesamtinteressenvertretung priorisiert und folgende fünf Themen als Schwerpunktthemen festgelegt:

- Sicherung eines flüssigen Wirtschaftsverkehrs – auch mit Weiterentwicklung der Luftreinhalteplanung, des Mobilitätsgesetzes und der Verkehrsleittechnik
- Entwicklung von Gewerbeflächen und Stadtquartieren
- Beschleunigung des Wohnungsbaus
- Fachkräftesicherung/ -bindung
- Stärkung des High-Tech-Standorts Berlin

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Damen Dr. Kramm** und **Steinbrück** sowie die **Herren Ahrens, Mießen, Peter** und **Dr. Wiese**. Hinterfragt wird die künftige

Bearbeitung anderer Themen, die durch die Vollversammlung nicht als Themenschwerpunkte priorisiert worden sind. Es wird erläutert, dass die priorisierten Themenschwerpunkte im nächsten Jahr zwar prioritär behandelt werden; alle anderen wichtigen Themen, wie z.B. Modernisierung der Berliner Verwaltung oder Baustellenkoordination in der Stadt, werden jedoch ebenso sorgfältig bearbeitet und diskutiert.

### **Die Vollversammlung stimmt den priorisierten Themenschwerpunkten für das Jahr 2019 zu.**

Abschließend erläutert **Frau Dr. Kramm** der Vollversammlung das weitere Vorgehen. Im nächsten Schritt wird sich nun das Präsidium in seiner Novembersitzung mit diesen Themenschwerpunkten und deren konkreter Ausgestaltung auseinandersetzen und eine Entscheidungsvorlage für die Januarsitzung der Vollversammlung vorbereiten. Die Themenschwerpunkte werden dann mit dem Arbeitsprogramm für das kommende Jahr beschlossen und an Hauptamt und Fachausschüsse zur prioritären Bearbeitung weitergegeben.

### **TOP 4: Den Standort stärken! Langstreckenverbindungen für die Hauptstadtregion**

Die hoch innovative und stark wirtschaftlich prosperierende Hauptstadtregion bedarf zur Verstetigung ihres Erfolgs weiterer Langstreckenverbindungen. **Herr Eder** berichtet anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation zunächst über den aktuellen Stand. Die Nachfrage nach Langstreckenverbindungen in der Stadt ist hoch - die Metropole boomt. Dies erfordert gute Anbindungsmöglichkeiten nicht nur bundes- sondern auch weltweit. Doch diesem Bedarf kommen die derzeitigen Verbindungen nicht nach. Im Vergleich der europäischen Hauptstädte liegt Berlin mit seinen aktuell sechs direkten Langstreckenverbindungen gleichauf mit Kiew und weit hinter Metropolen wie London (155) oder Paris (137). Als Hauptstadt der größten und wichtigsten Volkswirtschaft ist es jedoch unabdingbar, dass Geschäftsreisende, nationale und internationale Politiker, Botschaftsvertreter und Wissenschaftler auf ein größeres Angebot direkter Langstreckenverbindungen von und nach Berlin zurückgreifen können. Vor diesem Hintergrund hat die IHK Berlin gemeinsam mit den Partnern DEHOGA Berlin, DGB Berlin-Brandenburg, IHK Cottbus, IHK Ostbrandenburg, IHK Potsdam, UVB Berlin-Brandenburg sowie visitBerlin eine Initiative für mehr Langstreckenverbindungen gestartet. Erklärtes Ziel der Initiative ist es, die aktuellen Luftverkehrsabkommen für den Standort Berlin auszuweiten und ausländischen Fluggesellschaften weitere Flüge von und nach Berlin zu ermöglichen. Von der Bundesregierung wird Wettbewerbsneutralität eingefordert. Die Politik muss jetzt die

Weichen für weitere Langstreckenverbindungen stellen, denn die internationalen Fluggesellschaften zeigen bereits Interesse an weiteren Langstreckenverbindungen in die Hauptstadtregion. Fehlende Flugrechte hindern sie jedoch, Berlin anzufliiegen.

### **TOP 5: Regularien**

#### **5.1. Wahl der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer**

**Frau Dr. Kramm** berichtet der Vollversammlung, dass 2016 im Rahmen der Satzungsänderung vor der letzten Vollversammlungswahl aus der DIHK-Mustersatzung in die Satzung der IHK Berlin die zusätzliche Prüfung des Jahresabschlusses durch zwei ehrenamtliche Rechnungsprüfer übernommen wurde. Vor dem Hintergrund, dass die Mitglieder der Etatkommission den Haushalt und den Jahresabschluss eng begleiten, hat die Vollversammlung in ihrer letzten Sitzung beschlossen, nun die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer aus der Mitte der Etatkommission zu wählen. Zu dieser Wahl stellen sich zwei Mitglieder der Etatkommission: Frau Tanja Müller-Ziegler (Berliner Sparkasse, Niederlassung der Landesbank Berlin.) und Herr Stefan Spieker (FRÖBEL International GmbH). Die Profile der beiden Kandidaten wurden als Anlage 3 zur Einladung mitversandt. Frau Müller-Ziegler und Herr Spieker haben sich mit dem Jahresabschluss 2017 und dem Prüfbericht bereits intensiv auseinandergesetzt und Gespräche mit dem hauptamtlichen Rechnungsprüfer geführt.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Damen Delégue, Dr. Kramm und Witt** sowie die **Herren Irrgang und Janßen**. Zur Auswahl der Kandidaten: Die Etatkommission begleitet im Auftrag des Präsidiums, das sie berät, die Aufstellung des jährlichen Haushalts als Expertengremium und setzt sich damit intensiv auseinander. Vor dem Hintergrund, dass die Mitglieder der Etatkommission so eng in den Vollzug des Wirtschaftsplans sowie die Vorbereitungen des Jahresabschlusses eingebunden sind und deshalb die notwendige Expertise zur Prüfung besitzen, hat die Vollversammlung in ihrer Junisitzung beschlossen, die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer aus der Mitte der Etatkommission zu wählen.

Zur Wahl der ehrenamtlichen Prüfer gibt es keine weiteren Kandidaten. Zu diesem Zeitpunkt sind 55 Mitglieder anwesend.

**Die Vollversammlung beschließt bei vier Enthaltungen, die Wahl der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer offen durchzuführen.**

**Anschließend wählt die Vollversammlung bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen Frau Müller-Ziegler zur ehrenamtlichen Rechnungsprüferin.**  
Frau Müller-Ziegler nimmt die Wahl an.

Herr Stefan Spieker konnte aufgrund einer Terminkollision an der Vollversammlungssitzung leider nicht teilnehmen, hat aber für den Fall seiner Wahl die Annahme bereits erklärt.

**Die Vollversammlung wählt ihn sodann bei einer Gegenstimme und sieben Enthaltungen in seiner Abwesenheit zum ehrenamtlichen Rechnungsprüfer der IHK - Berlin.**

### **5.2. Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Wirtschaftsführung 2017**

**Frau Dr. Kramm** weist vorab darauf hin, dass das Haushaltsjahr 2017 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen wurde und würdigt die herausragenden Leistungen der Berliner Wirtschaft, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

**Frau Witt**, die Vorsitzende der Etatkommission, berichtet anhand der als Anlage 4 beigefügten Präsentation. Der Jahresabschluss 2017 ist von der Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs geprüft worden. Er besteht aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Erfolgs- und Finanzrechnung, den Plan-Ist-Vergleichen, dem Anhang und dem Lagebericht. Das Jahr 2017 weist ein Ergebnis von 12.905,9 T € auf. Das Jahresergebnis ist somit um 13.870,1 T€ besser ausgefallen. Das außerordentliche Ergebnis 2017 ist vor allem auf den Erwerb des Ludwig Erhard Hauses zurückzuführen. Mit dem wirtschaftlichen Erwerb des Gebäudes wurden Standort und Marke LEH dauerhaft gesichert und die künftigen IHK-Haushalte nachhaltig entlastet. Anschließend erläutert Frau Witt die wesentlichen Planabweichungen im Jahr 2017 (Folien 4 und 5) und informiert abschließend die Vollversammlung, dass im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses 2017 diesmal noch keine Ergebnisverwendung beschlossen werden sollte. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe: Zum aktuellen Zeitpunkt noch bestehende Unsicherheiten über den Verkauf der Wohnheim Reichsstraße GmbH, Rücklagenbedarf im Zuge der Digitalisierungsstrategie von IHK Berlin und IHK-Organisation sowie die geänderten Sterbetafeln 2018, die möglicherweise Auswirkungen auf die Pensionsrückstellungen haben werden. Über die Ergebnisverwendung soll deshalb erst im Rahmen der Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2019 in der Januarsitzung der Vollversammlung entschieden werden.

**Herr Fahlbusch**, leitender Prüfer der Rechnungsprüfungsstelle (RPS), erläutert, dass die Prüfung die Einhaltung der Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts bestätigt hat. Die von der Vollversammlung zur Verfügung gestellten Mittel sind sparsam und wirtschaftlich verwendet worden. Eine Nachgenehmigung ist nicht erforderlich. Des Weiteren wurde für die Buchführung des Geschäftsjahres 2017, für den Jahresabschluss zum 31.12.2017 nebst Anhang sowie für den Lagebericht und die Wirtschaftsführung 2017 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

**Frau Müller-Ziegler** informiert die Vollversammlung, dass Herr Spieker und sie sich ebenso mit dem Prüfbericht intensiv auseinandergesetzt und mit dem leitenden Prüfer Herrn Fallbusch die Prüfungsschwerpunkte diskutiert haben. Dabei wurden keine Unregelmäßigkeiten festgestellt. Sie beantragt die Entlastung von Präsidium und Geschäftsführung.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Herren Hübner** und **Irrgang**. Hinterfragt wird der aktuelle Stand beim Verkauf der Wohnheim Reichsstraße GmbH. Derzeit läuft das Bieterverfahren, in dem die Beteiligung der Bieter sehr rege ist. Die IHK Berlin führt Gespräche mit den meistbietenden potentiellen Käufern, die sich in der letzten Phase ihrer Due-Diligence-Prüfung befinden. Es wird beabsichtigt, diese Phase des Verfahrens zeitnah zu beenden, um dann den abzuschließenden Kaufvertrag mit dem aussichtsreichsten Bieter zu verhandeln.

Vor dem Hintergrund des Vorschlags, über die Ergebnisverwendung im Rahmen der Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2019 zu entscheiden, wird ebenso thematisiert, bis wann über die Verwendung beschlossen werden muss. Dies muss spätestens in der Sitzung im Januar 2019 im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2019 erfolgen.

**Die Vollversammlung stimmt sodann bei einer Gegenstimme der Feststellung des Jahresergebnisses 2017, wie mit der Einladung übersandt, zu. Dann beschließt die Vollversammlung bei einer Enthaltung, über die Ergebnisverwendung im Rahmen der Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2019 zu entscheiden.**

**Abschließend erteilt die Vollversammlung dem Präsidium und der Geschäftsführung für das Jahr 2017 bei einer Gegenstimme und Stimmenenthaltungen des gesamten anwesenden Präsidiums, Entlastung.**

### **5.3. Nachberufungen in die Ausschüsse der IHK Berlin**

**Die Vollversammlung stimmt bei einer Enthaltung den Nachberufungsvorschlägen, wie in der Anlage 6 zur Einladung zugesandt, zu.**

### **TOP 6: Verschiedenes**

#### **6.1. 10 Jahre „Ich mach mich selbstständig!“ (IMMS)**

Vor zehn Jahren haben die Wirtschaftsunioren eine Initiative zur Stärkung des Gründergeists bei Jugendlichen ins Leben gerufen und seither erfolgreich in Kooperation mit der IHK Berlin fortgeführt. Initiator und langjähriges Mitglied **Herr Girl** gibt einen Einblick in

die Initiative und deren Entwicklung der letzten Jahre. Er bedankt sich bei der IHK Berlin für die gute Zusammenarbeit und wünscht sich, dass die Initiative fortgesetzt wird.

### 6.2. Initiative Herrn Mitterneders

Aus aktuellem Anlass ruft **Herr Mitterneder** die Vollversammlung auf, sich anlässlich der aktuellen politischen Geschehnisse in Chemnitz zu positionieren. Es wird verabredet, eine an die bereits vorhandene DIHK Position angelehnte Position für die Berliner Wirtschaft zu erarbeiten und den Vollversammlungsmitgliedern als Anlage zum Protokoll zukommen zu lassen.

Berlin, den 27. September 2018



Dr. Beatrice Kramm  
Präsidentin



Jan Eder  
Hauptgeschäftsführer

### Anlagen:

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anlage 2: Präsentation Berlin zu einer Digitalstadt entwickeln: Bausteine einer Strategie

Anlage 3: Präsentation Den Standort stärken! Langstreckenverbindungen für die  
Hauptstadtregion

Anlage 4: Präsentation Jahresabschluss 2017

Anlage 5: Position der IHK Berlin zu den aktuellen fremdenfeindlichen Ereignissen